

## Basel

---

BaZ 09.06.2004

### Theaterplatz: Wohnzimmer unter freiem Himmel

**Sie kämpfen dafür, dass der öffentliche Raum für alle Menschen zugänglich bleibt. Darum haben Gassenarbeiterinnen und Gassenarbeiter in verschiedenen Städten Aktionen gegen Repression auf Strassen und Plätzen durchgeführt. Aus dem Theaterplatz wurde ein Wohnzimmer.**

[foto] Fröhlicher Protest. Gassenarbeiter (Catherine Darge mit blauem Pulli) und Jugendliche fordern öffentlichen Raum für alle. Fotos Dominik Plüss

Selbst wenn die Sonne noch so brennt: Im Wohnzimmer ist man vor Sonnenbrand geschützt. Ausser im Wohnzimmer des Vereins für Gassenarbeit Schwarzer Peter. Dort wird man innert kurzer Zeit knallrot, sofern man keine Sonnencreme einreibt. Denn in diesem Wohnzimmer ersetzt der Himmel die Decke über dem Kopf. Gestern standen das Sofa des Schwarzen Peters, deren Lampe und Tisch auf dem Theaterplatz.

Das öffentliche Wohnzimmer war Teil des Aktionstages «Repression im öffentlichen Raum», den Gassenarbeiterinnen und Gassenarbeiter in mehreren Schweizer Städten durchführten. «In letzter Zeit wird der öffentliche Raum zunehmend limitiert. Das hat zur Folge, dass viele Menschen in ihrer Freizeit eingeschränkt sind», so Catherine Darge vom Schwarzen Peter. Ihre Forderung: «Öffentlicher Raum muss für alle Menschen zugänglich bleiben!» Betroffen sei unter anderem der Bahnhof SBB, wo vermehrt so genannte Randständige vertrieben würden. Allerdings gehört der Bahnhof den SBB, insofern handelt es sich um Privatareal und nicht um öffentlichen Raum. Dennoch: «Es fällt auf, dass für verschiedene Bevölkerungsgruppen andere Rechte gelten», sagt Darge. Neulich habe sie beobachtet, wie Sicherheitsleute am Bahnhof Leute vertrieben hätten, die friedlich auf einer Bank gesessen und Bier getrunken hätten. Auch an öffentlichen Orten wie dem Rheinbord, dem Birschöpfli (siehe Interview) halte die Repression, etwa in Form von massiven Kontrollen oder neu eingeführten Polizeistunden, verstärkt Einzug.

«Bisher ist Basel verhältnismässig grosszügig mit Randgruppen und Jugendlichen im öffentlichen Raum umgegangen. In letzter Zeit zeichnet sich jedoch eine schlechte Entwicklung ab», sagt Darge. Sie befürchtet einen Wegweisungsartikel, wie es ihn bereits in Bern gibt. Dieses Gesetz erlaubt es der Polizei, Leute aus dem öffentlichen Raum wegzuweisen. Der Schwarze Peter versucht dies unter anderem mit Aktionen wie der gestrigen zu verhindern. Darge: «Für viele Menschen ersetzt der öffentliche Raum das Wohnzimmer.»

Martina Rutschmann

BaZ 9.06.04

## **«Es ist daneben, uns schon um 22 Uhr zu verjagen»**

**Schwimmen und Feiern - das treibt die Schülerin Michèle Kämpfer (18) wie viele andere Jugendliche ans Birsköpfl. Doch dort ist neuerdings ab 22 h Schluss mit der Party. So will es der Birsfelder Gemeinderat. Die Jugend protestiert.**

*BaZ: Michèle, warum bist du gegen die Polizeistunde am Birsköpfl?*

Michèle Kämpfer: Am Wochenende halten sich viele junge Leute dort auf. Ich finde es daneben, dass wir nun nur noch bis um 22 Uhr dort sein dürfen. Ich frage mich, wo wir denn sonst hingehen sollen. Unter der Woche habe ich jedoch kein Problem damit, das Areal schon so früh zu verlassen.

*Wurdest du schon mal vertrieben?*

Ja, Sicherheitsleute oder die Polizei kontrollieren Ausweise und fordern uns auf zu gehen. Das letzte Mal kamen sie um 23 Uhr. Manche Adressen haben sie sogar aufgeschrieben.

*Was sagen euch die Beamten?*

Meist stressen sie wegen des Abfalls. Sie finden, es liege zu viel rum. Ein anderes Dauerthema ist die Musik. Diese sei zu laut, finden sie.

*Plant ihr irgendwelche Aktionen?*

Ja, wir werden uns gegen den Beschluss wehren.

Martina Rutschmann

*20min 09.06.2004, 01:25*

## **Aktionen gegen Repression**

Der Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter hat sich gestern in Basel gemeinsam mit weiteren Organisationen wie Aufgenauf an einem Deutschschweizer Aktionstag gegen Repression im öffentlichen Raum beteiligt.

Dabei wurden zwischen 12 Uhr und 19 Uhr am Bahnhof, auf dem Theaterplatz sowie bei der Mittleren Brücke Flugblätter verteilt. Am Abend zeigte das neue Kino bei der Kaserne einen Film zum Thema.

## Bern

---

*eBund 08.06.2004, 17:24, aktuell: Bern*

### **Aktion der Berner Gassenarbeit gegen «Lex Wasserfallen»**

Mit einer symbolischen Putzaktion haben die Gassennahen Institutionen Bern heute Dienstag die Wegweisung von Randständigen durch die Polizei kritisiert. Die Aktion fand zum Jahrestag der sogenannten «Lex Wasserfallen» am 8. Juni statt. [08.

*eBund 08.06.2004, 14:56*

### **Aktion der Berner Gassenarbeit gegen «Lex Wasserfallen»**

**Mit einer symbolischen Putzaktion haben die Gassennahen Institutionen Bern heute Dienstag die Wegweisung von Randständigen durch die Polizei kritisiert. Die Aktion fand zum Jahrestag der sogenannten «Lex Wasserfallen» am 8. Juni statt.**

sda. Bei der symbolischen Putzaktion seien «sogenannte Randständige» entsorgt worden, aber auch andere Menschen, «die nicht gerade damit beschäftigt sind, Geld auszugeben», heisst es in einer Mitteilung der Gassennahen Institutionen.

«Sauberkeitspolitische Massnahmen»

Mit der Aktion solle die «brutale Art und Weise» kritisiert werde, mit der die Stadt versuche, «soziale Probleme durch sauberkeitspolitische Massnahmen zu verdrängen».

Am 8. Juni 1997 war im Kanton Bern das revidierte Polizeigesetz, an der Urne angenommen worden. Mit der sogenannten «Lex Wasserfallen» kann die Polizei seither Personen für eine gewisse Zeit aus einem Perimeter wegweisen, wenn der Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören.

Aktionstage «gegen Repression im öffentlichen Raum» fanden heute Dienstag auch in Biel, Basel und St. Gallen statt. In Bern zeigt das Kino in der Reitschule ab heute Dienstag zu dem Thema den Dokumentarfilm «Artikel 29: Aus den Augen aus dem Sinn» von Stefan Brunner.

20min, 08. Juni 2004 14:35

## **Aktion der Gassenarbeit gegen «Lex Wasserfallen»**

**Mit einer symbolischen Putzaktion haben die Gassennahen Institutionen Bern am Dienstag die Wegweisung von Randständigen durch die Polizei kritisiert.**

Die Aktion fand zum Jahrestag der sogenannten «Lex Wasserfallen» am 8. Juni statt.

Bei der symbolischen Putzaktion seien «sogenannte Randständige» entsorgt worden, aber auch andere Menschen, «die nicht gerade damit beschäftigt sind, Geld auszugeben», heisst es in einer Mitteilung der Gassennahen Institutionen.

Mit der Aktion solle die «brutale Art und Weise» kritisiert werden, mit der die Stadt versuche, «soziale Probleme durch sauberkeitspolitische Massnahmen zu verdrängen».

Am 8. Juni 1997 war im Kanton Bern das revidierte Polizeigesetz, an der Urne angenommen worden. Mit der sogenannten «Lex Wasserfallen» kann die Polizei seither Personen für eine gewisse Zeit aus einem Perimeter wegweisen, wenn der Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören.

Aktionstage «gegen Repression im öffentlichen Raum» fanden am Dienstag auch in Biel, Basel und St. Gallen statt. In Bern zeigt das Kino in der Reitschule ab Dienstag zu dem Thema den Dokumentarfilm «Artikel 29 - aus den Augen aus dem Sinn» von Stefan Brunner.

Quelle: SDA

*BernerZeitung 08.06.2004 / espace.ch BERN, Aktion*

## **Gassenarbeit gegen «Lex Wasserfallen»**

**Mit einer symbolischen Putzaktion haben die Gassennahen Institutionen Bern die Wegweisung von Randständigen durch die Polizei kritisiert. Die Aktion fand zum Jahrestag der sogenannten «Lex Wasserfallen» am 8. Juni statt.**

Bei der symbolischen Putzaktion seien «sogenannte Randständige» entsorgt worden, aber auch andere Menschen, «die nicht gerade damit beschäftigt sind, Geld auszugeben», heisst es in einer Mitteilung der Gassennahen Institutionen.

Mit der Aktion solle die «brutale Art und Weise» kritisiert werden, mit der die Stadt versuche, «soziale Probleme durch sauberkeitspolitische Massnahmen zu verdrängen».

Am 8. Juni 1997 war im Kanton Bern das revidierte Polizeigesetz, an der Urne angenommen worden. Mit der sogenannten «Lex Wasserfallen» kann die Polizei seither Personen für eine gewisse Zeit aus einem Perimeter wegweisen, wenn der Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören.

Aktionstage «gegen Repression im öffentlichen Raum» fanden am Dienstag auch in Biel, Basel und St. Gallen statt. In Bern zeigt das Kino in der Reitschule ab Dienstag zu dem Thema den Dokumentarfilm «Artikel 29 - aus den augen aus dem sinn» von Stefan Brunner.  
sda

# Biel

---

*Bieler Tagblatt vom 08.06.2004, Ressort Front / Biel*

## **Wegweisen, wer stört**

**Die Gassenarbeit wehrt sich dagegen, dass Randständige aus der Innenstadt wegweisen werden können.**

sid. Mit einem Aktionstag auf dem Zentralplatz werben verschiedene Bieler Gassen-Organisationen für Toleranz mit den Randständigen. Diese sollen nicht aus der Bieler Innenstadt ausgegrenzt werden.

Vorerst habe man im Dialog versucht, die diversen Szenen um den Bahnhof von dort weg zu bewegen, erklärt der Bieler Polizeikommandant André Glauser. Doch die Polizei könnte sich auch auf den Wegweisungsartikel im Polizeigesetz stützen. Noch. Denn der Grosse Rat debattiert in den kommenden Wochen einen Antrag zur Abschaffung des Artikels - er bringe nur eine Verlagerung des Problems

*Bieler Tagblatt vom 08.06.2004, Ressort Biel*

Biel: Wegweisungsartikel

## **«Randständige einfach wegputzen»**

**Störende Personen dürfen von öffentlichen Plätzen verwiesen werden. Die Gassenarbeitsorganisationen wehren sich gegen diesen Wegweisungsartikel. Bieler Parteien befürworten die Regelung mehrheitlich.**

Sibylle Dickmann

Musik, Theater, Speis und Trank auf dem Zentralplatz: Mit der Aktion «öffentliches Wohnzimmer» protestieren heute Mittag verschiedene Bieler Organisationen wie die Gassenarbeit und die Notschlafstelle gegen die Wegweisung Randständiger aus der Innenstadt.

Der kritisierte Wegweisungsartikel des Bernischen Polizeigesetzes besagt: «Die Polizei kann Personen von einem Ort vorübergehend verweisen, wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören.»

Im Laufe des letzten Jahres sind in Biel 105 Personen eines Gebiets verwiesen worden, wobei sich die Polizei in erster Linie auf die Dealer von harten Drogen konzentriert hat (das BT

berichtete). Jetzt legt die Polizei den Akzent auf die Störung der öffentlichen Ordnung. Die Frage ist, wo die Störung beginnt: «Wenn andere Menschen sich durch Anpöbeln, Schreien, Betteln oder anderes in ihren Handlungen gestört fühlen», antwortet Polizeikommandant André Glauser. Es sei zu immer mehr Szenenbildung gekommen und es gebe auch immer mehr Personen, die sich daran störten. Auf diesen Druck hin habe man in den letzten zwei Wochen mit der Aktion «Schneeball zwei» in der Innenstadt und dem Bahnhof diejenigen Personen zum Verlassen des Gebietes gebracht, «die nicht ins Bild der Innenstadt passen». Zum Verfügen von Wegweisungen sei es in diesem Zusammenhang jedoch noch nicht gekommen. «Zum Glück funktioniert in Biel der Dialog. Wir haben den Kontakt mit den Gruppierungen um den Bahnhof gesucht und sie angehalten, den Vorplatz, beziehungsweise die Unterführung zu verlassen.» Es gehe jedoch nicht darum, in Biel keine Randständigen zu wollen. «Aber in der Innenstadt sind einfach am meisten Leute, die sich gestört fühlen könnten.»

An diesem Vorgehen stört sich Stefan Balmer von der Gassenarbeit Biel. «Man wolle die Randständigen jetzt einfach aus der Innenstadt wegputzen», beklagt er sich. In letzter Zeit würden alle Randständigen systematisch aus der Innenstadt vertrieben. Der Wegweisungsartikel sei schlicht verfassungswidrig und öffne der Willkür Tür und Tor. Auch SP-Stadtrat Erich Fehr sieht im Wegweisungsartikel eine «unmenschliche Komponente». Dieser sei im Bezug auf die Grundrechte «schon sehr heikel». Aber gegen Kriminelle und Drogenhändler sei eine harte Gangart zu begrüssen. Mangels besserer Lösung wäre Fehr dafür, das Gesetz beizubehalten.

Das will auch die SVP: Wer nach mehr Sicherheit und Ordnung rufe, müsse auch die Instrumente in Kauf nehmen, die dazu führten, findet Stadtratspräsident und Grossrat Andreas Sutter.

«Das Gesetz stört mich weniger als die Szene», sagt FDP-Stadt- und Grossrat Peter Moser. Zwar äussert Moser Zweifel am Nutzen des Gesetzes - dieses bringe hauptsächlich eine Verlagerung des Problems. Dennoch könnte das Gesetz zur Beruhigung einiger neuralgischer Punkte beitragen. Im Übrigen vertraut Moser darauf, dass die Polizei bei der Anwendung des Gesetzes mit der nötigen Prise gesunden Menschenverstandes vorgehe.

# St. Gallen

---

*Tagblatt 4.06.04 Regionen*

## **Für mehr Toleranz im öffentlichen Raum**

**In den Städten St. Gallen, Basel, Bern und Biel findet nächste Woche ein Aktionstag gegen «Repression im öffentlichen Raum» statt. Er soll gegenseitiges Verständnis und den Dialog fördern.**

Gestern Freitag wurde das Konzept des dritten «Aktionstages gegen die Repression im öffentlichen Raum» in Bern vorgestellt. Am Anlass beteiligt ist die Gassenarbeit der Stadt St. Gallen.

### Nicht gleich viele Rechte

Der erste Aktionstag fand 2002 in der Stadt Bern statt. Am 8. Juni 2002 jährte sich dort zum fünften Mal die Annahme eines verschärften Polizeigesetzes durch das Volk. Der Artikel 29 dieses Erlasses ermöglicht der Polizei, Personen aus genau definierten Gebieten wegzuweisen und für drei Monate fernzuhalten. Die von einer solchen Massnahme Betroffenen müssen nicht straffällig geworden sein. Als Begründung ist ausreichend, wenn sie einer bestimmten Szene zugeordnet werden können oder die öffentliche Sicherheit «gefährden» oder «stören». Der Artikel erhitzt in der Berner Stadtpolitik regelmässig die Gemüter. Im Kern geht es bei diesem politischen Streit um die Frage, wie viel Freiheit welchen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums eigentlich zusteht. Dieses Thema sei in allen Städten der Schweiz in der einen oder anderen Form aktuell, hiess es gestern an der Medienorientierung zum Aktionstag gegen Repression im öffentlichen Raum. Es sei heute auch gesamtschweizerisch feststellbar, dass für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedliches Recht gelte.

### Dialog in Gang bringen

Zum einen will der nationale Aktionstag vom kommenden Dienstag auf diese «unbefriedigende Situation» aufmerksam machen. Zum anderen will er den Dialog zwischen unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums und das gegenseitige Verständnis fördern. Die Gassenarbeit St. Gallen ist am nächsten Dienstag von 11 bis 17 Uhr in der Marktgasse präsent. Mit einer Mauer, einer Brücke und einem Kunstfeld will sie spielerisch auf Probleme und Lösungsansätze dafür aufmerksam machen. (pd/vre)

Tagblatt 9.06.04

## **Gassenarbeit wirbt für Toleranz**

**Aktionstag gegen Repression im öffentlichen Raum auch in der Stadt St. Gallen  
Für mehr Verständnis und Toleranz hat gestern Dienstag das Team der Gassenarbeit  
mit einer Standaktion in der Marktgasse geworben. Dies in Zusammenhang mit einem  
nationalen Aktionstag.**

reto Voneschen

Das Thema ist aktuell. Nicht nur in der Stadt Bern, wo die Behörden seit 1997 im Polizeigesetz ein politisch immer noch heftig umstrittenes Instrument zur Ausgrenzung von unliebsamen Personen kennen. Auch in der Stadt St. Gallen wird seit einiger Zeit in Zusammenhang mit den Ausgeh-Gewohnheiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die Nutzung öffentlichen Raums diskutiert. Dabei geht es oft um einzelne Gruppen, die auffallen, die als störend empfunden werden oder manchmal tatsächlich andere Nutzer des öffentlichen Raums belästigen.

Der Ruf nach polizeilichen Massnahmen gegen solche Gruppen und Treffpunkte ist derzeit rasch bei der Hand. Für die Innenstadt hat der Stadtrat in diesem Zusammenhang Sofortmassnahmen beschlossen: An den Wochenenden wurde die Polizeipräsenz in der Innenstadt verstärkt. Parallel dazu wird die Gassenarbeit um 80 Stellenprozent aufgestockt, um aufsuchende Jugendarbeit zu leisten.

«Gemeinsam statt einsam»

Gestern nun ging das Team der Gassenarbeit - unterstützt von Betroffenen - auf die Strasse. Mit einer Standaktion in der Marktgasse wurde auf die Problematik der Repression im öffentlichen Raum aufmerksam gemacht. Es wurden Flyer verteilt. Es kam zu Gesprächen mit Passantinnen und Passanten. Ziel der Aktion: Das Bewusstsein dafür wecken, dass Repression Probleme im öffentlichen Raum nicht löst. Aber auch in Erinnerung rufen, dass der öffentliche Raum uns allen gehört und von uns allen gemeinsam genutzt werden darf. Dass niemand nur wegen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, aufgrund seines auffälligen Äusseren oder eines etwas anderen Lebensstils aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden darf. Der Aktionstag solle gesamtschweizerisch zeigen, dass es viele Konflikte im öffentlichen Raum einer Stadt gebe, weil man sich gegenseitig nicht verstehe, weil viele Vorurteile zwischen Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern vorhanden seien, umriss einer vom Team der Stadtsanktgaller Gassenarbeit das Konzept der Aktion. Der Slogan «Gemeinsam statt einsam» solle darauf aufmerksam machen, dass wir alle die Nutzung des öffentlichen Raums gemeinsam ausdiskutieren und festlegen müssten. Man dürfe dies nicht einzelnen Leuten oder Behörden überlassen.

Vorurteile abbauen

Das Team der Gassenarbeit will als Brückenbauerin zwischen den verschiedenen Gruppen wirken, die den öffentlichen Raum benutzen. Vorurteile liessen sich nur im gegenseitigen Dialog abbauen. Es sei wichtig, dass man andere Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums kenne. Das fördere die Rücksichtnahme, baue Ängste und Aggressionen ab. - Und wie sieht die Brückenbaufunktion der Gassenarbeit konkret aus? Etwa im Stadtzentrum am

Wochenende? Das Team suche den Kontakt zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die hier ihre Freizeit verbrächten. Bei ihnen sei nach Gesprächen Verständnis für Anliegen und Bedürfnisse etwa der Anwohnerschaft da. In Einzelfällen könne die Gassenarbeit auch bei der Bewältigung persönlicher oder sozialer Probleme helfen. Die Arbeit sei aber ein Prozess, hiess es gestern bei einem Augenschein in der Marktgasse. Massive Auswirkungen von heute auf morgen dürfe man nicht erwarten. Aber eine Entspannung der Situation im kleineren Rahmen.

Spannungen nicht eskalieren lassen

Über Toleranz im öffentlichen Raum reden, ist das eine. Alltagsprobleme lösen das andere. In der gestrigen Ausgabe fragte sich ein Leserbriefschreiber, für wen die Gassenarbeit «aktionstägler». Aufgrund eines Erlebnisses mit betrunkenen jungen Leuten wäre aus seiner Sicht ein «Erziehungstag» für Personen sinnvoller, die auf dem Bahnhofplatz andere belästigen.

Jürg Niggli, Geschäftsführer der Stiftung Suchthilfe, der die Gassenarbeit untersteht, reagierte gestern positiv auf die Wortmeldung. Diese sei nicht überflüssig. Es sei richtig und wichtig, Probleme im öffentlichen Raum zu thematisieren. So ein Leserbrief sei viel besser, als die Faust im Sack zu machen und sich künftig jeder Diskussion zu verweigern. Für Jürg Niggli ist der öffentliche Raum ein wertvolles Gut, über dessen Nutzung diskutiert und gemeinsam entschieden werden muss. Hier träfen viele Interessen aufeinander. In den meisten Fällen komme man problemlos aneinander vorbei. Über Spannungen müsse man aber reden, müsse sie ausräumen, bevor sie eskalierten. In dem Sinn wird die Gassenarbeit diesen Sommer auch auf dem Bahnhofplatz aktiver sein. Sie hat den Auftrag, die Situation zu entspannen, Friktionen zwischen Nutzern zu analysieren und Lösungen dafür vorzuschlagen.  
(vre)